

## Niederschrift

über die Sitzung am Dienstag, 05.09.2006  
im Kreishaus Borken,  
Kreisausschuss-Sitzungssaal (2181)

### Anwesend:

#### Vorsitz:

Herr Wilhelm Stilkenbäumer 48734 Reken

#### Mitglieder:

Frau Bernadette Aehling	46325 Borken	Vertretung für Frau Barbara Büscher
Frau Dr. Marie-Elisabeth Averkamp	48734 Reken	
Herr Hubert Bestert	46354 Südlohn	
Frau Heidi Buskase	48599 Gronau	
Herr Manfred Daberkow	48599 Gronau	
Herr Dietmar Eisele	48683 Ahaus	
Frau Irmgard Kerkhoff	46414 Rhede	Vertretung für Frau Silke Sommers
Herr Gerhard Ludwig	46325 Borken	
Herr Johannes Maus	46342 Velen	
Frau Gerda-Marie Möller	48734 Reken	
Frau Stephanie Pohl	48712 Gescher	
Herr Björn Poleschner	46325 Borken	
Frau Ursula Schulte	48691 Vreden	
Frau Maria Storcks	46325 Borken	Vertretung für Herrn Markus Jasper
Frau Gerti Tanjsek	46397 Bocholt	
Frau Ursula Zurhausen	46325 Borken	

#### Gäste/Referenten

Herr Benedikt Kemper, KAB Bezirksverband Borken (TOP 1)  
Herr Martin Merkens, Bischöfliches Generalvikariat Münster (TOP 1)

#### Vertreter/innen der Verwaltung:

Herr Werner Haßenkamp  
Herr Reinhard Groschke  
Frau Annette Scherwinski  
Herr Hans Ritter  
Frau Reinhild Wantia  
Frau Susanne Lökes  
Herr Jürgen Ahlte  
Frau Doris Gausling  
Herr Jürgen Bietenbeck

### **Erledigung der Tagesordnung:**

Vorsitzender Wilhelm Stilkenbäumer eröffnet um 17:05 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen, insbesondere die Referenten zum TOP 1 und die zahlreichen Vertreter der Medien.

Vor dem Einstieg in die Tagesordnung führt Vorsitzender Stilkenbäumer die als sachkundige Bürgerin dem Ausschuss angehörige Frau Maria Storcks ein und verpflichtet sie durch Vorlesen der Verpflichtungsformel und durch Handschlag zur gesetzesmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

Weiter informiert er die Ausschussmitglieder darüber, dass der Haushaltsausschuss des Bundes die Haushaltssperre bei den Eingliederungsmitteln SGB II aufgehoben habe, so dass für den Kreis Borken bei gleich bleibendem Verteilungsschlüssel wie beim letzten Mal rd. 1,0 Mio. € an weiteren Mitteln zur Verfügung gestellt würden. Er dankt allen, die sich hierfür eingesetzt hätten. Der Umstand, dass die Betroffenen hierfür auch auf die Straße gegangen seien, zeige, dass man erkannt habe, dass der Kreis Borken als Optionskommune sich für seine Bewohner einsetze.

**Punkt 1:        Vorstellung des Projektes "Ausbildungspaten im Kreis Borken" der KAB Borken  
                 Vorstellung durch Herrn Benedikt Kemper und Herrn Martin Merkens  
                 (dazu Antrag der SPD-Fraktion vom 13.05.2006, Vorlage: 0115/2206)**

---

Herr Merkens führt aus, dass das Ausbildungspatenschaftsprojekt 2003 von der KAB Recklinghausen initiiert worden sei. Der ursprüngliche Gedanke sei die Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen gewesen, die Erfahrungen hätten jedoch gezeigt, dass das Finden eines Ausbildungsplatzes eine vorrangigere Aufgabe sei. Insofern habe sich der Aufgabenschwerpunkt verlagert. Das Projekt basiere auf absoluter Freiwilligkeit sowohl von Seiten der Paten als auch von Seiten der Jugendlichen. Einbezogen würden Eltern, Schulen und auch Ausbildungsbetriebe. Die Finanzierung erfolge zwar mit Spenden, ansonsten jedoch unabhängig von anderen Finanzquellen. Im Weiteren berichtet Herr Merkens über die Tätigkeitsfelder, Erfahrungen und Anforderungen an die Paten. Wichtig sei, mehr Paten zur Verfügung zu haben als Patenschaften, damit Patenschaften auch tatsächlich angeboten werden könnten.

Herr Kemper erklärt, dass das Patenschaftsprojekt im Kreis Borken seit den Osterferien in Isselburg mit 7 Patenschaften begonnen habe und die Tätigkeit in naher Zukunft auf Gronau, Heiden und Raesfeld ausgeweitet würde.

Die von Herrn Merkens und Herrn Kemper gezeigten Folien sind als Anlage 1 der Niederschrift beigefügt.

Auf Vorhalt des Mitglieds Schulte erläutert Herr Merkens noch kurz das sog. Wuppertaler Modell. Dieses Modell habe ähnliche Grundgedanken wie das Projekt der KAB, erfolge jedoch nach einem ausgefeilteren Konzept, das auf bestimmte Raster festgelegt sei. Die Anzahl der Paten und Jugendlichen sei begrenzt. Es würden bestimmte Anforderungen an die Teilnehmer wie z. B. Pünktlichkeit bei den Jugendlichen gestellt und anstatt ehrenamtlicher Kräfte seien drei Hauptamtliche tätig. Insofern sei das Modell weniger flexibel, jedoch besser dokumentierbar. Das Projekt der KAB stelle dagegen auf den tatsächlichen Bedarf ab, die Hilfe werde also solange und soweit wie nötig geleistet. Doch auch dort sei es wichtig, eine ständige Erreichbarkeit für die Akteure zu gewährleisten. Dies sei u.a. durch die Projektkoor-



Auf Grund einer beginnenden Diskussion über die Beschlussempfehlungen stellt Herr Haßenkamp das übliche Verfahren bei derartigen Datenerhebungen dar: Zunächst werde das Datenmaterial erfasst und zusammengeführt, wobei auf einen bestimmten Zeitpunkt hingearbeitet werde. Das Ergebnis werde dann dem Fachausschuss vorgestellt, so dass es anschließend in den Fraktionen beraten und in den entsprechenden Fachgremien ausgewertet werden könne. Die Fachgremien ihrerseits erarbeiten konkrete Handlungsempfehlungen, über die abschließend der Fachausschuss zu entscheiden habe. Zwischenberichte seien hierbei durchaus möglich.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

**Beschluss:** einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt den dritten Teil des Suchtberichtes „*Daten zur Versorgungslage der Suchtkrankenhilfe bei alkoholbezogenen Störungen 2005/2006*“ zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage dieses Suchtberichtes Handlungsempfehlungen zu entwickeln.

**Punkt 3: Suchtbericht für den Kreis Borken - Teil II:  
"Repräsentative Schülerbefragung zum Freizeitverhalten und Suchtmittelkonsum Jugendlicher im Kreis Borken"  
Vorstellung einer Alkoholpräventionskampagne für den Kreis Borken**

---

Berichterstatte(r)in: Frau Scherwinski

Frau Scherwinski erinnert daran, dass der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit in seiner Sitzung am 19.04.2005 die Verwaltung damit beauftragt habe, in einer Arbeitsgruppe Jugend und Alkohol themenspezifisch Handlungsempfehlungen zu erarbeiten. Hierbei stellt sie die Mitglieder dieser Arbeitsgruppe, das Projektziel sowie die vier Zielgruppen vor.

Bezüglich der Zielgruppe I „Handel, Gewerbe und Großveranstalter“ habe die Arbeitsgruppe bereits zwei Mal getagt. Hierbei habe sich z. B. gezeigt, dass die Ordnungsämter teilweise unterschiedliche Einsatzschwerpunkte wie Schützenfeste, Abi-Feten oder Landjugendfeten hätten. Man versuche nunmehr, diesbezüglich ein gemeinsames Vorgehen abzustimmen. Weitere beabsichtigte Maßnahmen/Aktivitäten seien eine Checkliste für Veranstalter, Aufkleber in Gaststätten, die Erarbeitung einer Selbstverpflichtungserklärung für Veranstalter, die über die Regelungen des Jugendschutzgesetzes hinaus geht, andererseits aber als Qualitätssiegel fungieren soll, oder die Veranstaltung von Workshops, in denen über die rechtlichen Bestimmungen und deren praxisnahe Umsetzung beraten werden soll.

In Kürze werde die zweite Unterarbeitsgruppe mit ihrer Tätigkeit bezüglich der Zielgruppe II „MultiplikatorInnen aus Schule, Sport und Jugendliche“ beginnen. Hierbei gehe es darum, Schulungsmaterialien für Schulen und Sportvereine zu diesem Thema zu entwickeln und an die Jugendlichen heranzubringen.

Sie informiert weiter darüber, dass eine Werbeagentur beauftragt worden sei, ein ansprechendes Logo zu entwerfen. Die Vorschläge seien den Schülern der an dem Projekt beteiligten Alexanderschule in Raesfeld vorgestellt worden, wobei sich diese mehrheitlich für ein Logo ausgesprochen hätten. Dieses Logo werde zum Kampagnenstart in der Eröffnungsfeier am 03.11.2006 im Rahmen der Suchtwoche „Sucht hat immer eine Geschichte“ im rock`n pop Museum in Gronau von Landrat Wiesmann vorgestellt und soll ab dann zum Zwecke des Wiedererkennungswertes auf allen Materialien dieser Kampagne abgelichtet werden.

Abschließend verweist Frau Scherwinski auf den Artikel „Studie zum Suchtmittelkonsum von Jugendlichen“ in der ebenfalls ausgelegten Zeitschrift *Blickpunkt öffentliche Gesundheit*, Ausgabe 3/2006.

Die von Frau Scherwinski gezeigten Folien sind als Anlage 4 der Niederschrift beigefügt.

**Punkt 4:       Umsetzung SGB II**  
**Aktueller Sachstandsbericht**  
**Vorlage: 0182/2006**

---

Berichterstatte:r:                               Frau Lökes  
  Herr Ahlte

Einleitend stellt Herr Groschke die chronologische Entwicklung des Integrationsbudgets SGB II dar.

Im Hinblick auf die fortgeschrittene Zeit verzichtet Frau Lökes darauf, die in der Sitzungsvorlage enthaltenen Informationen weiter zu vertiefen. Stattdessen stellt sie drei konkrete Beispiele für Eingliederungsmaßnahmen vor:

- Jugend in Arbeit plus
- POTT Qualifizierung + berufliche Orientierung
- Qualifizierung Schweißen.

Weiter berichtet sie über die Maßnahme *ubic*, eine Form des Arbeitsplatzmonitorings, und das *Qualifizierungsprojekt CNC*.

Die von Frau Lökes gezeigten Folien sind als Anlage 5 der Niederschrift beigefügt.

Herr Ahlte erläutert anschließend die Daten aus dem mit der Einladung versandten *Finanzbericht SGB II - Berichtszeitraum Januar – Juli 2006 -*, der *Statistik der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II - Bedarfsgemeinschaften und Leistungsbezieher Berichtszeitraum Januar – Juli 2006* - sowie dem *Arbeitslosenbericht SGB II - Berichtszeitraum Januar – Juli 2006* -. Die rückläufige Zahl der Bedarfsgemeinschaften erkläre er zum einen mit der guten Integrationsarbeit, zum anderen aber auch durch die gesetzliche Änderung, dass unter 25-jährige keine eigene Bedarfsgemeinschaft mehr bilden, sondern nunmehr der Bedarfsgemeinschaft der Eltern zugeordnet würden.

Danach geht Herr Ahlte auf die Ergebnisse des als Tischvorlage ausgeteilten *Integrationsberichtes SGB II – 1. Halbjahr 2006* – ein. Hinsichtlich der gewonnenen Informationen würden mit einzelnen Städten/Gemeinden noch Klärungsgespräche erfolgen. (Für nicht an der Sitzung teilnehmende Ausschussmitglieder wird jeweils ein Exemplar des Integrationsberichtes der Niederschrift beigelegt.)

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

**Beschluss:** einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt den Sachstandsbericht zur Umsetzung des SGB II im Kreis Borken zur Kenntnis.

**Punkt 5:       Umsetzung des SGB II**  
**Anfrage der SPD-Fraktion vom 12.08.2006**  
**Vorlage: 0166/2006**

---

Da viele der gestellten Fragen bereits durch die Ausführungen zum TOP 4 bzw. durch den Integrationsbericht beantwortet wurden, wird Einigkeit mit der SPD-Fraktion erzielt, dass diese überprüft, inwiefern noch Informationsbedarf besteht. Gegebenenfalls werden die Fragen erneut vorgelegt.

**Punkt 6:       Vermittlung von Personen in den ersten Arbeitsmarkt**  
**Vorlage: 0207/2006**

---

Siehe Ausführungen zum TOP 5.

Lediglich hinsichtlich der Frage 8 bittet Mitglied Schulte um kurze Informationen.

Herr Haßenkamp und Herr Groschke führen hierzu aus, dass der Kreis Borken sich stets an die Vorgaben des Bundes gehalten hätte.

Zu unterscheiden sei hier zwischen Planung und tatsächlicher Auftragsvergabe.

Basis der Planungen des Kreises Borken sei die erste Haushaltsplanung des Bundes gewesen. Auf Grund der vorläufigen Haushaltsführung des Bundes hätte man dann von 45 % als zur Verfügung stehender Mittel ausgehen dürfen, so dass auf dieser Grundlage erste Verträge hätten abgeschlossen werden dürfen und auch entsprechend abgeschlossen worden seien.

Als dann in einem zweiten Schritt 72% der Mittel freigegeben worden seien, sei der Kreis Borken entsprechend weitere Verpflichtungen eingegangen.

Auf Grund der dann erfolgten Mittelkürzung habe man umgehend handeln müssen. Andere SGB II-Träger seien genauso betroffen gewesen, hätten jedoch erst später reagiert.

Durch die zentrale EDV sei man beim Kreis Borken in der Lage, taggenau die aktuellen Ausgaben festzustellen. Diese Möglichkeit beinhalte jedoch keine Kenntnis über weitere eingegangene Verpflichtungen, die weitere zukünftige Ausgaben nach sich ziehen. Deshalb sei bei den Städten/Gemeinden der vertragliche Bindungsstand abgefragt worden. Das Ergebnis habe dabei so ausgesehen, dass die Summe aus bereits erfolgten Ausgaben und eingegangenen Verpflichtungen höher gewesen sei als der Betrag der den Städten/Gemeinden zur Verfügung stehenden Mittel.

In der letzten Bürgermeisterkonferenz sei dieses Thema auch schon bereits besprochen und geregelt worden.

**Punkt 7: Kürzung der beruflichen Eingliederungsmaßnahmen um zwei Millionen Euro durch den Bund  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 06.06.2006  
Vorlage: 0145/2006**

---

Auf Nachfrage des Mitglieds Eisele erläuterte Herr Haßenkamp, dass die Eingliederungsmaßnahmen im vierten Quartal 2006 auf Grund der im Rahmen der Aufhebung der Haushaltsperre zu erwartenden weiteren Bundesmittel in einem Umfang wie im dritten Quartal umgesetzt werden könnten. Der Maßnahmenumfang sei jedoch geringer als im ersten Halbjahr 2006.

Insofern hält Mitglied Eisele an dem Antrag seiner Fraktion fest und erklärt, die notwendigen Mittel könnten über die Kreisumlage finanziert werden.

Mitglied Schulte stellt für die SPD-Fraktion fest, dass dieser Antrag im Hinblick auf das Jahresende entweder zu spät oder zu früh sei.

Frau Pohl erklärt für die CDU-Fraktion, dass es wichtiger sei, langfristig Strukturen zu sichern, die nächsten Jahre seien insofern ausschlaggebend.

Vorsitzender Stilkenbäumer warnt davor, als Optionskommune bereits jetzt mit Eigenmitteln als Ausfallbürge einer klassischen Bundesaufgabe einzusteigen. Wichtig sei, zukunftsweisend zu arbeiten. In einer Sondersitzung müsse über die weitere Entwicklung in 2007 beraten werden.

Er lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

**Beschluss:**

- 1 Ja-Stimme
- 10 Nein-Stimmen
- 6 Enthaltungen

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die Mittelreduzierungen des Bundes für 2006 durch eine eigene Finanzierung in Form eines Nachtragshaushaltes auszugleichen, um eine Einstellung der Fördermaßnahmen zu vermeiden, wird abgelehnt.

**Punkt 8: Meldungen zur Sozialversicherung bei ALG II-Empfängern  
Anfrage der FDP-Fraktion vom 22.08.2006  
Vorlage: 0211/2006**

---

Herr Ritter antwortet auf die von der FDP-Fraktion gestellten Fragen wie folgt:

Frage 1: Das in den Service-Punkten Arbeit der Kommunen eingesetzte EDV-Verfahren sei so strukturiert, dass die vor Ort erstellten Daten zentral im Rechenzentrum in Moers verarbeitet würden. Sowohl die Auszahlung der ALG II-Leistungen als auch die damit in Zusammenhang stehenden Zahlungen und Meldungen zur Sozialversicherung würden zentral durch den Kreis erfolgen.

Frage 2: Die Umstellung der autonomen Verfahren der einzelnen Kommunen auf ein einheitliches zentrales Verfahren zum 01.01.2006 habe Probleme mit sich gebracht. Meldungen und Beitragsnachweise für die Krankenkassen hätten nicht zeitnah erstellt werden können. Gleichwohl seien die Beiträge an die Krankenkassen monatlich gezahlt worden. Die Krankenkassen seien über diese Probleme informiert worden.

Frage 3: Die Probleme seien behoben. Ab dem Monat August 2006 würden die erforderlichen Meldungen ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgen. Über das EDV-Verfahren sei zukünftig die rechtzeitige Meldung und Auszahlung der Beiträge an die zuständigen Krankenkassen sichergestellt.

Die Krankenversicherungspflicht von ALG II-Empfängern entstehe kraft Gesetzes durch Bewilligung der ALG II-Leistung. Sie sei damit unabhängig von den vorstehend angesprochenen Meldungen an die Krankenkassen. Die Krankenversicherung unserer ALG II-Bezieher sei daher immer sichergestellt gewesen.

In Einzelfällen aufgetretene Probleme seien in enger Zusammenarbeit der Service-Punkte Arbeit vor Ort mit den Krankenkassen kurzfristig und unbürokratisch geklärt worden.



**Punkt 9: 2. Controllingbericht 2006 für die Fachbereiche 50 - Soziales - und 53 - Gesundheit -  
Vorlage: 0183/2006**

---

Berichterstatter: Herr Groschke  
Frau Scherwinski

Herr Groschke informiert darüber, dass das Budget 01 – Soziales – in 2006 voraussichtlich um 1,5 Mio. € besser abschließen werde als geplant. Ursächlich seien die Bereiche Wohngeld und stationäre Hilfe zur Pflege.

Das Bundesverwaltungsgericht habe die in den vergangenen Jahren von den Wohngeldämtern angewandte Einkommensberechnung bei Wohngeldanträgen von Heimbewohnern für falsch erklärt; die rückwirkende Neuberechnung ab 2001 führe zu entsprechenden Mehreinnahmen.

Bei der Heimpflege sei die Zahl der Hilfeempfänger geringer angestiegen als erwartet; Heimplätze seien sogar unbesetzt.

Herr Haßenkamp weist jedoch darauf hin, dass das neue Ausführungsgesetz zum SGB II die Finanzbeteiligung der eingebundenen Städte/Gemeinden neu geregelt habe. Beim Kreis Borken sei die Finanzbeteiligung bislang nach dem sog. Herforder Modell erfolgt. Nach dem neuen Ausführungsgesetz sei jedoch eine 50%ige Beteiligung an den tatsächlichen kommunalen Aufwendungen für das zweite Halbjahr vorgeschrieben, so dass der Kreis Borken stärker belastet werde. Die von Herrn Groschke aufgezeigten Einsparungen würden dadurch wahrscheinlich auf 1,1 Mio. € reduziert.

Frau Scherwinski erklärt, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt beim Budget 04 keine wesentlichen Veränderungen erkennbar seien.

Mitglied Schulte bittet um einen Bericht über die Situation der Schuldnerberatungsstellen, insbesondere ob Wartelisten bestehen würden. Es wird Einigkeit darüber erzielt, hierüber in der nächsten Sitzung zu berichten.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

**Beschluss:** einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt die Ergebnisse des 2. Controllingberichtes für die Fachbereiche 50 und 53 zum 31.07.2006 zur Kenntnis.

**Punkt 10:      Maßnahmenplanung 2007**  
**Thema: Mehrgenerationenwohnen**  
**Vorlage: 0199/2006**

---

Mitglied Pohl erläutert für die CDU-Fraktion den Antrag. Auf Grund der anschließenden Diskussion, die sich immer weiter vom Thema entfernt, stellt Mitglied Buskase den Antrag zur Geschäftsordnung, eine weitere Diskussion nicht zuzulassen und über den Beschlussentwurf abzustimmen. Dieser Antrag zur Geschäftsordnung wird einstimmig angenommen und Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

**Beschluss:**                   16 Ja-Stimmen  
                                      0 Nein-Stimmen  
                                      1 Enthaltung

Die von der CDU-Fraktion beantragten Maßnahmen zum Thema Mehrgenerationenwohnen werden in die Maßnahmenplanung 2007 aufgenommen. Der Ausschuss soll in regelmäßigen Abständen über den Fortgang unterrichtet werden.

**Punkt 11:      Mitteilungen der Verwaltung**

---

**Punkt 11.1:    Kommunale Gesundheitskonferenz**

---

Die Kommunale Gesundheitskonferenz hat seit der letzten Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit nicht getagt; der nächste Termin ist Morgen, 06.09.2006.

**Punkt 11.2:    Kreispflegekonferenz**

---

Die Kreispflegekonferenz hat seit der letzten Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit nicht getagt.

**Punkt 12:      Anfragen**

---

keine

Einvernehmlich wird als Termin für eine Sondersitzung der 31.10.2006, 16:Uhr festgelegt.

Vorsitzender Wilhelm Stilkenbäumer schließt die Sitzung um 21:05 Uhr.

---

Wilhelm Stilkenbäumer  
Vorsitzender

---

Jürgen Bietenbeck  
Schriftführer